

Pressemitteilung

08-001/2026

03.08.2026

BSW-Antrag zur Rente: Kretschmer greift zentrale Forderung auf – jetzt muss er im Landtag liefern

Die BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich im Bund gegen eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters und gegen die Abschaffung der abschlagsfreien Rente für besonders langjährig Versicherte einzusetzen. Zugleich soll die gesetzliche Rentenversicherung schrittweise zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung nach österreichischem Vorbild weiterentwickelt werden.

Den Antrag „**45 Jahre Arbeit müssen reichen – Gute Renten sichern statt das Rentenalter weiter zu erhöhen**“ hat die BSW-Fraktion bereits am 25. Juni 2026 in den Sächsischen Landtag eingebracht (Drs. 8/7499).

Mit seinen aktuellen Äußerungen, wonach die besonderen ostdeutschen Erwerbsbiografien bei der Rentenreform berücksichtigt werden müssten und 45 Versicherungsjahre genug sein sollten, greift Ministerpräsident Michael Kretschmer nun eine zentrale Forderung des BSW-Antrags auf.

Dazu erklärt **Ronny Kupke**, Vorsitzender der BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag und Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt: *„Wir begrüßen, dass Ministerpräsident Michael Kretschmer die besonderen ostdeutschen Erwerbsbiografien endlich öffentlich zum Thema macht. Genau darauf weist unser Antrag hin. Viele Menschen in Sachsen haben nach 1990 Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne und erzwungene berufliche Neuanfänge erlebt. Diese Brüche dürfen ihnen nicht auch noch bei der Rente zum Verhängnis werden. Doch Worte allein reichen nicht. Wenn der Ministerpräsident unsere Analyse teilt, muss er unserem Antrag im Sächsischen Landtag zustimmen und sich im Bund gegen ein höheres Renteneintrittsalter, gegen ein weiter sinkendes Rentenniveau und für den dauerhaften Erhalt der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren einsetzen. Unser Antrag liegt auf dem Tisch. Jetzt kann Michael Kretschmer zeigen, wie ernst es ihm mit seinen Aussagen ist.“*

Wer jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, hat einen unverzichtbaren Beitrag für dieses Land geleistet. Diese Menschen dürfen im Alter nicht mit einer immer längeren Lebensarbeitszeit, einem sinkenden Rentenniveau oder dem Gang zum Sozialamt bestraft werden.

Ronny Kupke weiter: *„Die Empfehlungen der Rentenkommission laufen in die falsche Richtung. Die Beschäftigten sollen länger arbeiten, höhere Beiträge zahlen und zusätzlich privat vorsorgen – ohne die Sicherheit, am Ende eine auskömmliche Rente zu erhalten. Besonders ungerecht ist das für Menschen, die jahrzehntelang körperlich oder psychisch belastende Arbeit geleistet haben. Ein Bauarbeiter, eine Pflegekraft oder eine Verkäuferin kann nicht beliebig länger arbeiten, nur weil eine Kommission am Schreibtisch dies empfiehlt. Wir brauchen deshalb eine echte Erwerbstätigenversicherung: Alle zahlen entsprechend ihrer Einkommen ein, alle erwerben Ansprüche und niemand erhält eine Sonderbehandlung. Beamte, Selbstständige, Abgeordnete und Regierungsmitglieder müssen schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Das österreichische Modell zeigt, dass eine starke gesetzliche Rente möglich ist, wenn die Finanzierung auf eine breitere und solidarische Grundlage gestellt wird.“*

Kapitalgedeckte Pflichtmodelle und private Vorsorge können eine verlässliche gesetzliche Rente nicht ersetzen. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen können nicht ohne Weiteres jeden Monat zusätzlich mehrere Hundert Euro zurücklegen. Ein würdevolles Leben im Alter darf weder vom persönlichen Geldbeutel noch von der Entwicklung der Aktienmärkte abhängen.

Gerade in den ländlichen Regionen Sachsens ist eine gute Rente zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Rentnerinnen und Rentner geben einen großen Teil ihres Einkommens vor Ort aus – beim Bäcker, im Handwerk, in der Apotheke oder im Einzelhandel. Niedrige Renten schaden deshalb nicht nur den Betroffenen, sondern schwächen ganze Regionen.

Die BSW-Fraktion fordert:

- keine weitere Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters,
- den dauerhaften Erhalt der abschlagsfreien Rente für besonders langjährig Versicherte,
- ein verlässliches und lebensstandardsicherndes Rentenniveau,
- eine solidarische Erwerbstätigenversicherung nach österreichischem Vorbild,
- eine bessere Anerkennung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten,
- einen wirksamen Schutz vor Altersarmut sowie
- eine angemessene Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus dem Bundeshaushalt.

Ronny Kupke abschließend: *„Die gesetzliche Rente ist kein Almosen, sondern ein erarbeiteter Anspruch. Nach einem langen Arbeitsleben muss sie ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben ermöglichen – ohne Grundsicherung, ohne Wohngeld und ohne Spekulation am Kapitalmarkt. Ministerpräsident Kretschmer muss seinen Worten jetzt Taten folgen lassen: unserem Antrag im Sächsischen Landtag zustimmen und sich im Bund konsequent für die Interessen der sächsischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Rentnerinnen und Rentner einsetzen. 45 Versicherungsjahre müssen reichen. Daran werden wir die Staatsregierung messen.“*

Über das BSW

Das BSW – wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit - ist eine junge und noch im Aufbau befindliche Partei, die sich für eine gerechtere Politik, für den Erhalt unserer wirtschaftlichen Stärken, den sozialen Ausgleich und eine gerechte Verteilung des Wohlstands, für ein friedliches Zusammenleben der Völker und die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzt.

Über Ronny Kupke

- 1977 in Chemnitz (damals Karl-Marx-Stadt) geboren
- Fachwirt im Sozial- und Gesundheitswesen
- Seit 2001 Mitglied in ver.di
- Hilfsschöffe beim Landgericht Chemnitz.
- seit 2024 Mitglied im BSW
- seit 2024 Stadtrat in Chemnitz
- seit 2024 Mitglied des Sächsischen Landtags
- seit 2025 Landesvorsitzender des BSW Sachsen
- Fraktionsvorsitzender der BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag
- Vorsitzender im Ausschuss „Soziales, Gesundheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ im Sächsischen Landtag
- ehrenamtlicher Richter am Landesarbeitsgericht

Kontakt:

BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon 0351 493 4400

E-Mail bsw-presse@slt.sachsen.de

Website www.bsw-fraktion-sachsen.de